

**Zeitschrift:** Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

**Band:** 19 (2003)

**Artikel:** Ökonomie und Diskurs : Globalisierung in der Schweiz während der 1990er-Jahre

**Autor:** Straumann, Tobias

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-871957>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Tobias Straumann

## Ökonomie und Diskurs

### Globalisierung in der Schweiz während der 1990er-Jahre<sup>1</sup>

Für die Volkswirtschaft der Schweiz waren die 1990er-Jahre das schlimmste Jahrzehnt seit der grossen Depression in den 1930er-Jahren. Von 1991 bis 1996 betrug das jährliche Wachstum durchschnittlich nur 0,1%, die Arbeitslosigkeit nahm innerhalb von drei Jahren um 4% zu. Auch weiche Indikatoren deuten darauf hin, dass es sich um ein besonders schlechtes Jahrzehnt handelte. Die Konsumentenstimmung 1991 tauchte tief ins Minus und erreichte erst wieder 1998 positive Werte. Das heisst, dass die Schweizer Bevölkerung fast zehn Jahre erwartete, dass die wirtschaftliche Zukunft schlechter sein würde als die Gegenwart. Es schien, als sei das Land in eine kollektive Depression gefallen.

Natürlich waren die Verhältnisse in den 1990er-Jahren immer noch paradiesisch im Vergleich zur grossen Depression oder zu den meisten EU-Staaten, wo selbst in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitslosenquoten zweistellig wurden. Dennoch war die schweizerische Bilanz auch im europäischen Vergleich ernüchternd: Die Wachstumsraten waren die tiefsten und die relative Zunahme der Arbeitslosigkeit am stärksten. Kein Wunder, griff eine Verunsicherung um sich, die nicht weniger ernst war als anderswo in Europa.

Die wirtschaftliche Stagnation dauerte so lange, dass die Öffentlichkeit zunehmend ratlos wurde, was die Ursachen betraf. Mitte der 1990er-Jahre kristallisierte sich aber in der politischen Öffentlichkeit eine gemeinsame Diagnose heraus: Die Globalisierung sei schuld an der schweizerischen Misere.<sup>2</sup> Damit war gemeint, dass die reiche Schweiz im direkten Wettbewerb mit den Billiglohnländern Osteuropas und Südostasiens immer mehr an Terrain verliere. Das zeige sich darin, dass die schweizerische Industrie permanent ihre Produktion ins Ausland verlagere. Ein bürgerlicher Nationalrat erklärte im Frühling 1996, die Schweiz habe im «Weltwirtschaftsjass» Probleme bekommen und sei zurzeit «nicht mehr in den Medaillenrängen». Die Schweiz müsse ihre Trümpfe bewusster ausspielen und nicht für das nächste Spiel zurückhalten, «in dem eine andere Farbe Trumpf sein kann».<sup>3</sup>

Warum war die Globalisierungsthese so attraktiv als Krisenerklärung? Dazu gibt es grundsätzlich zwei Interpretationen. Die erste besagt, dass die 1990er-Jahre tatsächlich einen qualitativ neuen Globalisierungsschub mit sich gebracht und deshalb auch eine neue Wirtschaftspolitik notwendig gemacht hätten. Der Diskurs habe, wenn auch verzögert, auf die realen Umwälzungen reagiert. Entsprechend sei der Diskurs wieder abgekluungen, sobald man sich den Gesetzen der Globalisierung angepasst habe. Die zweite Interpretation beruht auf einem Argument, das genau umgekehrt verläuft: Die aussergewöhnlich lange Stagnation hat ein Klima geschaffen, in dem konjunkturelle Erklärungen zunehmend an Überzeugungskraft einbüsst bzw. strukturelle Erklärungen an Attraktivität gewannen. Die Globalisierungsthese entsprach auf geradezu ideale Weise dieser Nachfrage. Entstehung und Inhalt der These hatten aber wenig mit der Schweiz zu tun. Im Gegenteil handelte es sich um eine Debatte der Vereinigten Staaten, die sich Mitte der 1990er-Jahre nach Westeuropa verpflanzte. Mit anderen Worten: Nicht die Globalisierung der Wirtschaft, sondern die Globalisierung der amerikanischen Debatten und die lange Stagnation erklären den Erfolg der Globalisierungsthese in der Schweiz. In diesem Aufsatz werde ich versuchen, gute Argumente für die zweite Interpretation vorzulegen. Das wird in drei Schritten geschehen. Im *ersten* Abschnitt rekonstruiere ich die Globalisierungsthese. Im *zweiten* Abschnitt gebe ich einen Überblick über die ökonomischen Gründe für die Stagnation. Dabei wird klar werden, dass man das schwache Wachstum relativ problemlos mit herkömmlichen volkswirtschaftlichen Modellen erklären kann. Und im *dritten* Abschnitt versuche ich eine Erklärung für den Erfolg der Globalisierungsthese zu geben, wie ich sie oben bereits angedeutet habe.

### **Die Globalisierungsthese**

In einem ersten Schritt muss man eine einfache Unterscheidung vornehmen, denn der Globalisierungsdiskurs machte in den 1990er-Jahren eine erstaunliche Karriere. In der ersten Phase drehte sich die Debatte um die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz. Der wesentlichste Inhalt war die bedrohte Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz. Der Wohlstand im reichen Norden sei in Gefahr, weil die neuen Konkurrenten in Osteuropa und Ostasien viel billiger produzierten und dadurch die einheimische Industrie zur Auslagerung ihrer Produktion zwingen würden. Diese Debatte erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1996–1998, wurde dann aber schnell abgelöst vom geradezu euphorischen Diskurs rund um die New Economy. Die Globalisierung wurde kaum mehr als Bedrohung für den eigenen Wohlstand angesehen.

Seit den späten 1990er-Jahren dominiert ein Globalisierungsdiskurs, der sich nun nicht mehr um die eigenen Wohlstandsängste dreht, sondern um die globalen Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern. Die zentrale Aussage ist: Die Internationalisierung der Wirtschaft vergrössert die Ungleichheit, Freihandel sowie offene Finanz- und Kapitalmärkte kommen einseitig dem reichen Norden zugute. Die Forderungen sind uneinheitlich, aber ihr Grundton ist unüberhörbar: Die wirtschaftliche Globalisierung soll besser reguliert werden, zum Beispiel durch die Besteuerung von Devisentransaktionen (Tobin-Steuer), eine stärkere Aufsicht über die Aktivitäten multinationaler Konzerne oder die weltweite Durchsetzung von sozialen und ökologischen Minimalstandards. Das Ziel ist ein schrittweiser Abbau der globalen Ungleichheit. Dieser Teildiskurs hat sich in den letzten drei Jahren vollkommen gelöst vom nationalen, wirtschaftspolitischen Zwilling. Auch ist sein Ende noch nicht abzusehen. Wenn man heute von Globalisierung spricht, meint man hauptsächlich diese Dimension – ganz im Unterschied zur Diskussionslage in den 1990er-Jahren.<sup>4</sup>

Ich werde in diesem Aufsatz nur auf die erste Phase eingehen. Ich will herausfinden, warum man in einem Land, das seit 300 Jahren zu den grossen Gewinnern der Globalisierung gehört, plötzlich auf die Idee kommt, Globalisierung als etwas für das eigene Land Schädliches anzusehen. Natürlich hat auch die zweite Dimension des Globalisierungsdiskurses – die weltweiten Wohlstandsunterschiede – von Beginn weg ihre Bedeutung gehabt, vor allem auf linker Seite. Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass von 1995 bis 1998 die nationale Bedrohungslage der Hauptinhalt des Diskurses ausmachte.

In der Schweiz setzte sich die Vorstellung, dass ein globaler Wirtschaftskrieg zwischen den Industrieländern und den Niedriglohnländern tobe, Mitte der 1990er-Jahre durch. Anhand einer Auszählung des Wortes Globalisierung in den beiden Wirtschaftszeitungen *Cash* und *Handelszeitung* lässt sich eine ungefähre Vorstellung vom Verlauf des Diskurses gewinnen. Der steile Anstieg der Nennungen begann 1995, am meisten Nennungen kann man 1997 beobachten. Die Verlaufskurve wird auch von einer Auswertung der «Neuen Zürcher Zeitung» bestätigt. Das Wort Globalisierung – ohne Attribut – kam erst 1995 richtig in Mode. Bis dahin wurde das Wort in ganz verschiedenen Kontexten verwendet (siehe Fig. 1, S. 361).<sup>5</sup>

Um welche Inhalte handelte es sich beim Globalisierungsdiskurs? Ich werde dies anhand der Debatte des Nationalrats über den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik im Frühling 1996 zeigen. Bei diesem Wortgefecht stand zwar wenig auf dem Spiel, aber das Traktandum bot eine willkommene Plattform für prinzipielle Verlautbarungen, die sehr viel über die Stimmungslage im Parlament aussagten. Außerdem hatten nur wenige Tage zuvor die beiden Basler Chemiekonzerne Ciba und Sandoz ihre Fusion bekannt gegeben. Der Nationalrat führte deshalb eine

besonders intensive Diskussion: Seit den grossen Europa-Debatten in den frühen 1990er-Jahren war nie mehr so eingehend über den Aussenwirtschaftsbericht diskutiert worden.<sup>6</sup>

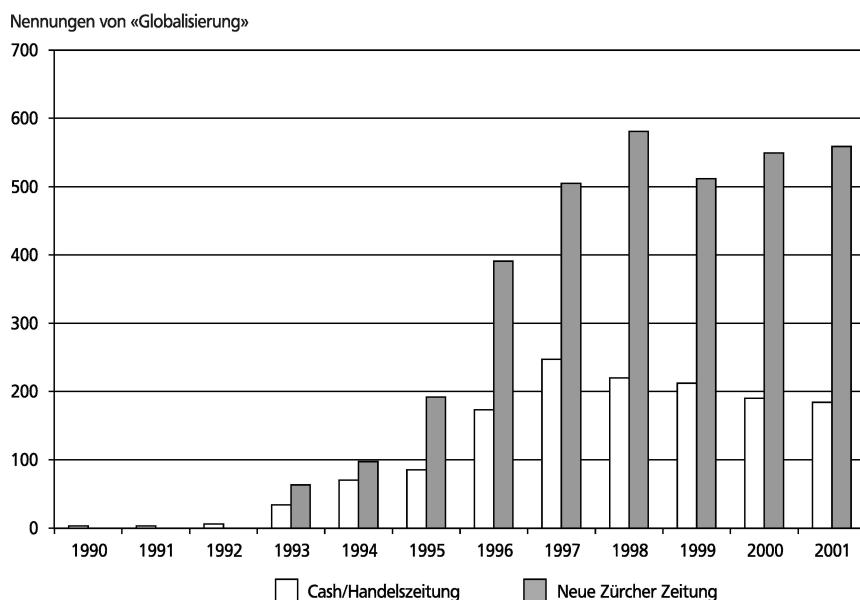
Die Debattierenden lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. Die Gruppe der Bürgerlichen, die eindringlich vor dem Abstieg der Schweiz warnen, die Globalisierung aber grundsätzlich gutheissen.
2. Die Gruppe der Linken, die Globalisierung als Tatsache anerkennen, aber eine grundsätzliche Korrektur der Weltwirtschaft fordern.
3. Die Gruppe von nationalkonservativen Nationalräten, die Globalisierung für ein leeres Schlagwort halten.

1. Die Debatte wird dominiert von der ersten Gruppe, die ausschliesslich aus Vertretern der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) besteht. Sie sind entweder Manager oder Verwaltungsräte in multinationalen Grosskonzernen und Banken (Bührer, Mühlemann, Müller, Randegger, Stucky), Inhaber eines mittelgrossen, binnengewirtschaftlich orientierten Unternehmens (Loeb) oder Wirtschaftsprofessoren (Tschopp). Ihre Reden haben meist drei Teile. Im *ersten* Teil wird wiederholt, wie der Bericht die Globalisierung beschreibt. «Das globale Dorf ist schon heute Wirklichkeit», sagt etwa Loeb. Oder Randegger: «Die Welt ist zu einem Dorf geworden, einem Dorf, wo überall geforscht und entwickelt, produziert und verkauft wird.» Auf Französisch: «Nous nous rendons compte, tout à coup, qu’effectivement l’économie mondiale est devenue une et indivise, qu’il n’y a plus de continents, plus de pays qui peuvent se spécialiser dans des niches, qu’il y a un vent d’épuration de structures, comme on dit scolairement, qu’il y a un réaménagement du travail et du capital productif à travers le monde qui frappe aussi durement notre pays.» (Tschopp) Die FDP-Nationalräte werden von der Fraktionssprecherin der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (CVP) unterstützt: «Der Standortwettlauf hat seit der politischen und wirtschaftlichen Öffnung Ost- und Mitteleuropas sehr stark zugenommen.» (Zapfl)

Im *zweiten* Teil werden die Auswirkungen der Globalisierung auf die Schweiz beschrieben – mit ernüchternden Ergebnissen. Die Schweiz sei «bei der Weltwirtschaftsmeisterschaft nicht mehr in den Medaillenrängen» (Loeb), sie sei auf eine «schiefe Ebene» geraten (Mühlemann). Der Aussenwirtschaftsbericht sei zwar umfassend, aber zu optimistisch ausgefallen: «Die Lage ist weit mehr als bewölkt. Wir sind in einer eigentlichen Gewitterlage drin.» (Bührer) Drei Indikatoren werden verwendet, um die dramatische Situation zu belegen: die Wachstumsschwäche seit 1991, die Zunahme von schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland (bzw. die Abnahme von ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz) und die jährlich erstellte Rangliste der Wettbewerbsfähigkeit (IMD Lausanne).

Fig. 1: «Globalisierung» in der Presse



Im dritten Teil wird schliesslich betont, dass sich die Schweiz grundlegend ändern müsse, wenn sie die Globalisierung erfolgreich bewältigen wolle. «Wir müssen unsere Mentalität und Denkweise ändern. Wir sind Weltmeister im Schattensuchen.» (Loeb) Aber man dürfe sich nicht auf fehlerhafte Details konzentrieren, sondern müsse optimistisch vorwärts schauen: «Es ist Zeit, das Haar aus der Suppe zurück auf den Kopf zu bringen, wo es, aufrechten Hauptes getragen, seine Funktion ausüben kann. Die Zukunft ist voller Chancen. Nutzen wir sie gemeinsam!» (Loeb) Entscheidend sei die Förderung der Attraktivität des Standorts Schweiz: «Es geht konkret um zwei Dinge: um die Senkung der Kosten am Standort Schweiz und um die Stärkung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen in unserem Lande.» Die ernste Lage fordert auch zu historischen Vergleichen heraus: «Wir stehen, wenn wir die Sache ehrlich analysieren, vor einer ökonomischen Herausforderung, die mit der militärischen Herausforderung vor 60 Jahren vergleichbar ist. Das ist die Realität.» (Bührer)

2. Die Linke übt keine grundsätzliche Kritik an der Globalisierungsthese. Auch sie beklagt, dass der internationale Wettbewerb immer schlimmer werde. Ein

jurassischer Gewerkschafter erzählt von einem Gespräch mit einem Uhrenindustriellen: «Récemment, le responsable d'une importante entreprise horlogère jurassienne me faisait remarquer qu'un produit X fabriqué chez lui revenait à 8.50 francs, mais à 45 centimes seulement dans le Sud-Est asiatique.» (Rennwald) Ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) gibt zu bedenken, «dass der globale Wettbewerb nicht das Allheilmittel sein kann. Der Standortwettbewerb, weltweit geführt, führt leicht zu einem ruinösen Kampf.» (Gysin) Bedenklich scheint den Sozialdemokraten, «welche Kluft sich gegenwärtig wieder auftut [...] zwischen der Finanzwelt, den finanzwirtschaftlichen Aspekten, und der Frage der Sicherung der Arbeitsplätze in unserem Land». (Vollmer) Auch ein Vertreter der Grünen sieht die Macht des Nationalstaats durch die internationalen Investoren bedroht: «Der Staat wird also zunehmend nur noch zum Handlanger eines renditesüchtigen, heimatlosen Investitionskapitals, das via globale Finanzmärkte um den Erdball kreist und dort landet, wo die höchsten Profite locken.» (Thür) Die Linke wichen hingegen in ihren Empfehlungen ab. Sie forderte, dass die Weltwirtschaft an die Zügel genommen werde, und wandte sich gegen eine weitere Liberalisierung des Welthandels. Vorgeschlagen wurde zum Beispiel die Einführung von internationalen Sozialstandards: «[...] on ne pourra mettre fin à cette compétition parfois destructive qu'en établissant un socle social minimal sur le plan international [...].» (Rennwald) Vor allem das Verhalten der globalen Konzerne wurden thematisiert, auch im Interesse der armen Länder: «Wie sollen transnationale Unternehmen zukünftig demokratisch kontrolliert werden? Das ist auf Grund der einschneidenden Einwirkungen – Arbeitslosigkeit ist nur ein Thema – absolut notwendig.» (Gysin) Die Grünen forderten ökologische Massnahmen: «Dieser Globalisierungsprozess hat seinen ökologischen Preis. Die Frage stellt sich, wie lange wir diesen Preis noch bezahlen können.» (Thür) Eine linke Vertreterin des Landesrings (LdU) empfiehlt die Rückkehr zum altbewährten Schweizer Rezept: «Reich geworden ist unser Land durch eine soziale Marktwirtschaft, durch die Einsicht, dass man Aktiengewinne nicht fressen kann, dass man nur durch die Teilhabe aller am Wohlstand den Frieden sichern kann.» (Grendelmeier)

3. Die Vertreter der dritten Gruppe, die nur aus zwei Vertretern (Blocher, Steffen) besteht, gehören zur Autopartei bzw. zum rechten Flügel der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Sie lehnen die Globalisierungsthese grundsätzlich ab oder wollen erst gar nicht darauf eingehen. «Es wird ja viel über Globalisierung gesprochen. Das ist auch ausserordentlich gefährlich, weil jeder, der in der Welt herumspringt und etwas macht, meint, das sei die Globalisierung. [...] Man muss also mit diesen Schlagwörtern aufpassen.» (Blocher) Die Situation sei ohnehin gar nicht so schlimm: «Wollen Sie etwa auch, wie Deutschland, eine Arbeitslosenrate von 11,1 Prozent nachziehen?» (Steffen)

Der entscheidende Faktor, der zur schlechten Situation beigetragen habe, sei das Versagen von verantwortlichen Managern. «Es ist heute viel zu wenig von der Verantwortung gesprochen worden. Ich bitte Sie, den Unternehmen nicht so viele ‹Ali-bis› in die Hände zu geben, wenn es schlecht geht. Das ist heute Mode. Jedes Unternehmen, das ungenügend ist, schiebt die ganze Schuld auf die Rahmenbedingungen. Die Unternehmensführung hat dafür zu sorgen, dass es gut geht.» (Blocher) Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die überwiegende Mehrheit des Nationalrats konstruierte einen direkten Zusammenhang zwischen der Globalisierung und der Wachstumsschwäche in der Schweiz. Die einzige Differenz ergab sich bei den Zukunftsstrategien: Die bürgerliche Seite – mit Ausnahme der SVP – forderte, dass man die neuen Regeln der Globalisierung schneller lerne, die Linke forderte einen grundsätzlichen Kurswechsel auf internationaler Ebene.

Die Globalisierungsthese hatte sich also Mitte der 1990er-Jahre nicht nur in den Medien, sondern auch in der schweizerischen Politik durchgesetzt. Entsprechend war auch die Schweizer Bevölkerung davon überzeugt, dass Globalisierung etwas Bedrohliches sei. Noch Ende 1999, als der Aufschwung bereits in vollem Gang war, löste gemäss einer Umfrage des GfS-Forschungsinstituts die steigende weltweite Abhängigkeit der Wirtschaft am meisten Angst aus. Die Schweizer Bevölkerung fürchte sich mehr vor der Globalisierung und den Firmenfusionen als vor unheilbaren Krankheiten (Rang 4), Kriminalität (Rang 7) oder Krieg (Rang 12), ergaben die Befragungen des GfS-Forschungsinstituts.<sup>7</sup>

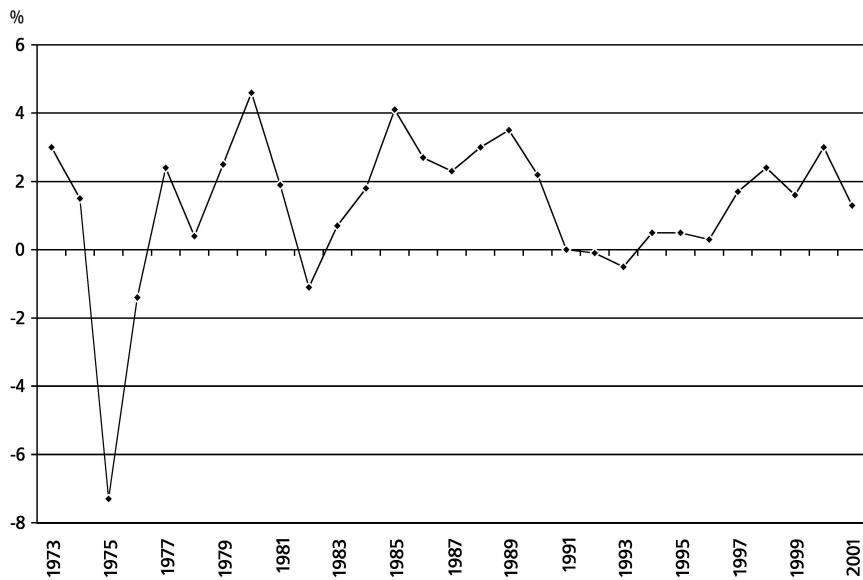
### **Die ökonomische Erklärung der langen Stagnation**

Im Vergleich mit früheren Krisen war der Wachstumseinbruch in den 1990er-Jahren nicht besonders schlimm. Mitte der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre war die Rezession viel gravierender gewesen. Das Charakteristische der 1990er-Jahre war die lange Dauer des Krebsgangs der Wirtschaft, weil die Erholung sehr enttäuschend ausfiel. Erst 1997 begann ein kräftiger Aufschwung, der – abgesehen von einer kurzen Abschwächung im Jahr 1998 – 2001 zu Ende ging (Fig. 2, S. 364).

Alles in allem waren es also sechs magere Jahre, die aus den 1990er-Jahren ein wirtschaftlich besonders schwaches Jahrzehnt machten. Dies schlug sich in den Arbeitslosenzahlen nieder (Fig. 3, S. 365). Die höchste Quote wurde im Jahr 1997 erreicht, und erst von da an war eine deutliche Erholung beobachtbar.

Das wiederum erklärt, warum der Pessimismus der Konsumenten so hartnäckig blieb (Fig. 4, S. 367). Es scheint, als ob sie nicht glauben wollten, dass die Stagnation nun tatsächlich vorbei sei, nachdem sie 1994–1996 so stark getäuscht worden waren. 1998 rutschte der Index leicht über die Nullgrenze, um sofort wieder leicht

Fig. 2: *Reales Wirtschaftswachstum*



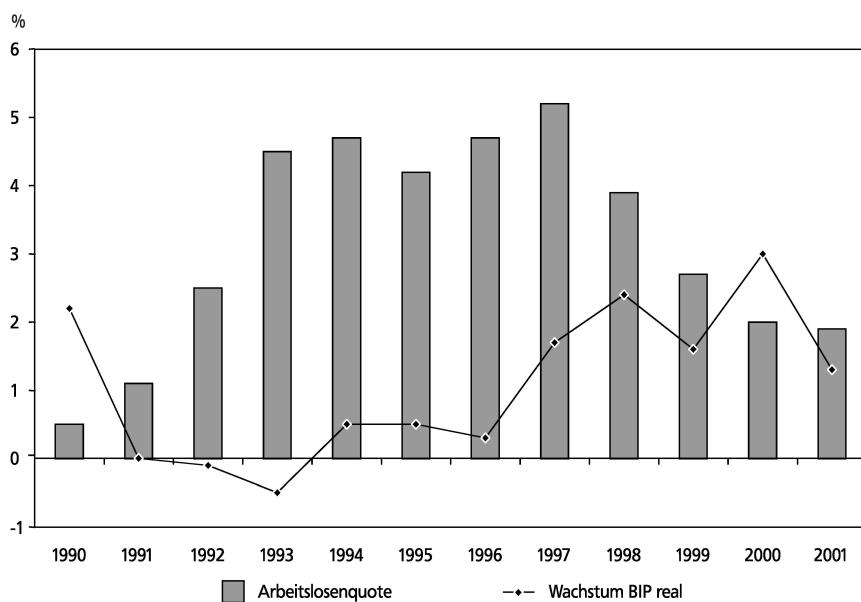
darunter zu fallen. Erst ab Juni 1999 wurde die Stimmung eindeutig positiv. Im Winter 2000 erreichte der Index bereits die Rekordwerte von 1989. Dieses Ereignis veranlasste die Waadtländer Tageszeitung *24 heures* auf der Frontseite (11. Februar 2000) zu titeln: «Cette fois, la crise est finie.» Und der Artikel beginnt mit: «Les Suisses ont de nouveau la pêche! La grosse déprime des années nonante semble aujourd’hui définitivement enterrée.»<sup>8</sup>

Wie lässt sich die lange Stagnation erklären? War die Globalisierung schuld daran («Globalisierungsfalle»)? Keineswegs. Wie die Berichte der Konjunkturforschungsstelle KOF an der ETH Zürich zeigen, lässt sich mit herkömmlichen ökonomischen Modellen eine klare Antwort geben. Vor allem vier Faktoren werden genannt: das schwache Wachstum in Europa, die Aufwertung des Schweizer Frankens, die Sanierungsbestrebungen der öffentlichen Haushalte und die Asienkrise.<sup>9</sup>

#### **Das schwache Wachstum in Westeuropa**

Nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Europa waren die 1990er-Jahre ein zähes Jahrzehnt. Das reale BIP-Wachstum war zwar höher, aber die Arbeitslosigkeit nahm zu Beginn der 1990er-Jahre deutlich zu und verharrte auf hohem Ni-

Fig. 3: *Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenquote*



veau. Da Westeuropa der wichtigste Absatzmarkt der Schweiz ist, drückte die schwache Nachfrage auf die Exporte und das Wachstum. Die Stagnation der westeuropäischen Volkswirtschaften erklärt sich aus den Folgen der deutschen Vereinigung (hohe Zinsen der Bundesbank) und des Vertrags von Maastricht (in Kraft seit Januar 1993), der allen Mitgliedsländern eine restriktive Geld- und Finanzpolitik auferlegte.

#### Die Aufwertung des Schweizer Frankens

Zwischen 1990 und 1996 stieg der handelsgewichtete Außenwert des Frankens um rund 15% – ein enormer Wettbewerbsnachteil für eine kleine offene Volkswirtschaft. Die KOF berechnete, dass das BIP 1995 und 1996 um 1,6% mehr gewachsen wäre, wenn der Außenwert des Schweizer Frankens seit 1993 konstant geblieben wäre. Die KOF vermutet deshalb, dass die Frankenaufwertung der «Hauptgrund der schleppenden schweizerischen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre» gewesen sei<sup>10</sup>.

3. *Die Politik der öffentlichen Haushalte.* Die 1990er-Jahre waren das Jahrzehnt des Sparsens und der erhöhten Abgaben sowohl auf Bundes- wie auf Kantons- und

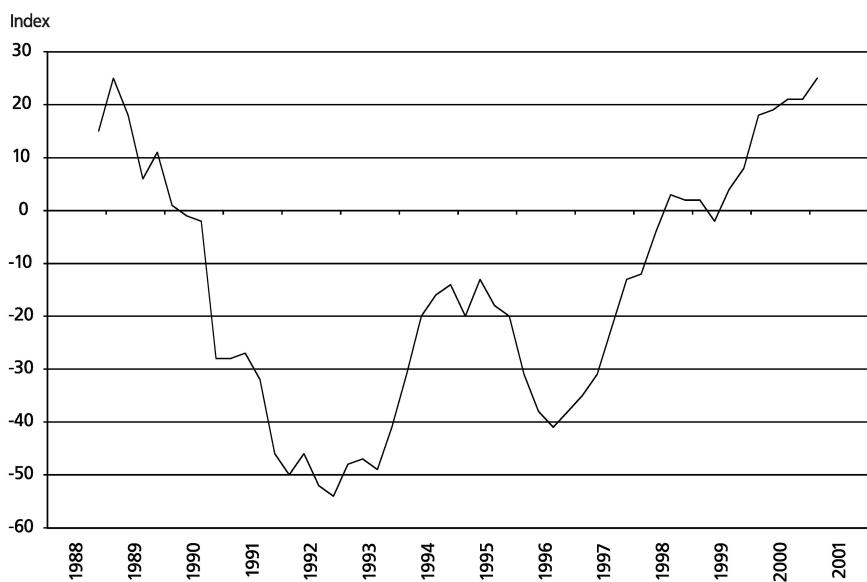
Gemeindeebene. Die Einführung der Mehrwertsteuer 1995, die Erhöhung der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung, die steigenden Gesundheitskosten und die Schrumpfung der öffentlichen Haushalte seit 1994 verminderten die Kaufkraft der Schweizer Bevölkerung.

4. *Die Asienkrise.* Obwohl der Aufschwung 1997 einsetzte, nahm die Arbeitslosigkeit nicht sofort ab. Grund für diese Verzögerung war die Asienkrise, die im Sommer 1997 in Thailand ausbrach und 1999 auch auf die Schweizer Wirtschaft durchschlug. Der Aufschwung brach zwar nicht völlig ein, doch der Rückgang der Wachstumsrate um rund einen Prozentpunkt verzögerte die Erholung. Eine Erklärung der Konjunkturflaute kommt also durchaus ohne Globalisierungsfaktor aus. Gilt dies auch für die mittel- bis langfristige Perspektive? Es könnte ja sein, dass die Globalisierung dennoch auf Kosten des Standorts Schweiz geht, nur dass sich das noch nicht ausgewirkt hat. Die entscheidende Frage also lautet: Verlor die Schweizer Wirtschaft in den 1990er-Jahren an Wettbewerbsfähigkeit? In den 1990er-Jahren waren diese Fragen noch nicht definitiv zu beantworten, es sei denn, man schenkte den Ranglisten des International Institute for Management Development (IMD), Lausanne (World Competitiveness Report Yearbook), Glauben.<sup>11</sup> Aber die Studien, die auf Daten unmittelbar vor der Rezession beruhten, legten nur einen Schluss nahe: Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft ist intakt. Dieser Befund ist in jüngster Zeit bestätigt worden.<sup>12</sup> Die neueste Studie zeigt, dass die Direktinvestitionen im Ausland per saldo nicht substitutiv, sondern komplementär erfolgt sind. Das heißtt, sie verstärkten die Präsenz von Schweizer Unternehmen im Ausland, ohne die Aktivitäten im Inland insgesamt zu gefährden. Die Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft dürfte, so die Folgerung der Studie, sogar eher zu einer Stimulierung des Exports und damit des Wirtschaftswachstums geführt haben.<sup>13</sup> Viel relevanter für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft sei ein ganz anderer Punkt, nämlich wie die Unternehmen auf den technologischen Wandel reagieren.<sup>14</sup>

Wie unpräzis die Globalisierungsthese ist, lässt sich auch durch die Exportstatistik belegen. Vor allem die Behauptung, die flinken Asiaten nähmen der Schweiz die Arbeitsplätze weg, wird durch die Zahlen widerlegt. Die Exporte in den fernöstlichen Raum nahmen in den 1990er-Jahren deutlich zu, und vor allem übertrafen sie stets die Importe.<sup>15</sup> Wäre das nicht der Fall, wäre im Übrigen schwer zu erklären, warum die Asienkrise die Schweizer Wirtschaft schädigte. Die Globalisierungsthese behauptet ja, dass die Volkswirtschaften in direkter Konkurrenz zueinander stünden, dass also das Wohl des einen auf Kosten des anderen Landes gehe. Dieses Szenario trat jedoch nicht ein: Die Krise in Asien riss die ganze Weltwirtschaft nach unten. Der Zusammenhang ist also genau umgekehrt.

Ein wichtiges Element der Globalisierungsthese war, dass Fusionen von grossen

Fig. 4: *Index der Konsumentenstimmung*



Firmen ein besonders deutliches Zeichen für die strukturelle Schwäche der Schweizer Wirtschaft seien. Insbesondere die Novartis-Fusion im Frühling 1996 und die UBS-Fusion im Dezember 1997 gaben dieser Behauptung entscheidenden Rückenwind. Die Debatte über den Aussenwirtschaftsbericht im Frühling 1996 fand ja, wie erwähnt, kurz nach der Ankündigung der Novartis-Fusion statt. Die Schockwirkung der Basler Entscheidung war in den Voten deutlich zu spüren. Die Fusionsthese ist jedoch genau so wenig haltbar wie die Globalisierungsthese insgesamt. Die beiden Grossfusionen können sogar durchaus als Zeichen der Stärke für den Standort Schweiz gesehen werden. Denn dass sich jeweils zwei einheimische Grosskonzerne bzw Grossbanken zusammenschlossen, verrät den Willen, den Standort Schweiz zu stärken. Basel und Zürich hätten an Bedeutung verloren, wenn es zu einer ausländischen Übernahme der Ciba oder der UBS gekommen wäre, wie das Beispiel der Elektrowatt-Übernahme durch Siemens zeigte.

Der zweite Einwand gegen die Fusionsthese betrifft den Zeitpunkt der Fusionen. Die Flurbereinigungen in der Chemie- und Pharmabranche sowie in der Bankenbranche fanden rein zufällig zu diesem Zeitpunkt statt, das heisst, sie standen in

keinem Zusammenhang mit der einheimischen Konjunktur, sondern mit der Brancheausstattung der schweizerischen Volkswirtschaft. Chemie/Pharma und Banken waren die letzten zwei Branchen, die seit der säkularen Wachstumsverlangsamung der 1970er-Jahre noch keine grundlegende Restrukturierung auf internationaler Ebene unternommen hatten. In anderen Branchen sah der Fahrplan anders aus. Uhrenindustrie und Textilindustrie waren in den 1970er-Jahren in eine tiefe Krise geraten und verwandelten sich in den folgenden Jahren vollständig. Wichtige Teile der Maschinenindustrie machten dieselbe Erfahrung in den 1980er-Jahren. Entsprechend fand die wichtigste Fusion in dieser Branche, die ABB-Fusion, bereits Ende der 1980er-Jahre statt.

Solche Flurbereinigungen, die von spektakulären Fusionen begleitet werden, sind über die gesamte Industrialisierung hin zu beobachten. Sie sind aber keineswegs abhängig von der einheimischen Konjunktur, sondern von einer Vielzahl von internationalen Entwicklungen, die je nach Branche einem ganz unterschiedlichen Zeitplan folgen.<sup>16</sup>

### Ökonomie und Diskurs

Warum machten so viele die Globalisierung verantwortlich für die schlechte Wirtschaftslage, obwohl diese Erklärung ökonomisch unhaltbar war? Die einfachste Antwort lautet: Weil Konjunkturforschungsinstitute offenbar eine geringe Deutungsmacht haben. Öffentliche, politische Diskurse sind nicht akademische Übungen, bei denen man versucht, die Welt möglichst präzis zu beschreiben, sondern sie funktionieren wie Staubsauger: Alles, was sich in ihrer Reichweite befindet, gerät in ihren Sog, unabhängig davon, ob die einzelnen Diskuselemente in einem logischen Zusammenhang zueinander stehen oder nicht. Wenn sich im öffentlichen Bewusstsein einmal festgesetzt hat, dass Globalisierung gefährlich sei, dann besteht kein Bedarf mehr für zeitraubende Differenzierungen.

Damit lässt sich aber nicht erklären, warum ausgerechnet die Globalisierungsthese zur vorherrschenden Kriseninterpretation wurde. Es ist ja auch ein anderes Szenario vorstellbar. Zum Beispiel hätte ein EU-Diskurs entstehen können. Die Schweiz hatte einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt und rutschte in eine lange Krise. Denkbar gewesen wäre auch ein Technologiediskurs, wie er bereits in den späten 1970er und frühen 1980er-Jahren geführt worden war. Ähnlich wie in den 1990er-Jahren drehten sich auch damals die politischen Bemühungen um die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit.<sup>17</sup> Um das Gedankenspiel auf die Spitze zu treiben: Hätten die Terroranschläge vom 11. September bereits 1994 oder 1995 stattgefunden, wäre die Globalisierungs-

these nebensächlich geblieben. Weltpolitische Themen hätten die wirtschaftspolitischen Probleme in den Hintergrund gedrängt.

Es muss also triftige Gründe gegeben haben, dass die Globalisierungsthese so schnell zum Allgemeingut wurde. In den nächsten Abschnitten diskutiere ich drei Thesen.

#### **Die neoliberalen Agenda**

Gemäss der ersten, naheliegendsten These ist die Globalisierungsthese nichts anderes als neoliberaler Ideologie in einem neuen Wortkleid. Hiess das Schlagwort bis Mitte der 1990er-Jahre noch Deregulierung, redete man nun von Globalisierung, meinte aber damit genau dasselbe: die Zurückdrängung des Staates durch Privatisierung, Liberalisierung und Flexibilisierung.

Diese These ist auf den ersten Blick sehr überzeugend, denn die Globalisierungsthese enthält tatsächlich wichtige neoliberalen Ingredienzien. Vor allem die Rede vom gnadenlosen Standortwettbewerb, der zu schmerzhaften, aber unvermeidlichen Restrukturierungen und Reformen in Wirtschaft und Politik zwinge, entsprach ganz der Vorstellung der Neoliberalen. Aber die These überschätzt die Macht der neoliberalen Konzepte und ihrer Anhänger in der schweizerischen Politik. Mitte der 1990er-Jahre, als die Globalisierungsthese hier zu Lande ihren Siegeszug begann, war die Bevölkerung höchst skeptisch gegenüber einer neoliberalen Wirtschaftspolitik eingestellt.<sup>18</sup>

Im Hinblick auf das politische Tagesgeschäft verhielt sich die Sache sogar genau umgekehrt. In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre gewann die Linke mehrmals wichtige Abstimmungen (Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes, Abbau bei der Arbeitslosenversicherung, Ladenöffnungszeiten in einigen Kantonen). Die grosse neoliberalen Offensive auf Gesetzesebene, die 1993 eingesetzt hatte, geriet Mitte der 1990er-Jahre ins Stocken.<sup>19</sup> Im Anschluss an die Ablehnung des EWR-Beitritts im Dezember 1992 hatten der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments beschlossen, wichtige Liberalisierungs- und Privatisierungsentscheide der EU «autonom nachzuvollziehen». Und sie hatten damit grossen Erfolg, gelang es ihnen doch, Mehrheiten für Massnahmen zu gewinnen, die in den 1980er-Jahren noch ganz undenkbar gewesen wären. Das vielleicht beste Beispiel ist das neue Kartellgesetz.<sup>20</sup> Gleichzeitig wäre es aber falsch zu glauben, dass dieser Offensive eine neutrale Bekehrung vorausgegangen wäre. Im Gegenteil: Man stimmte ohne Begeisterung zu, weil der Druck der EU dazu riet und die GATT-Bestimmungen dazu zwangen. Die bürgerlichen Neoliberalen waren nie in der Lage, die ideologische Führung zu erlangen.

Zudem waren sie zur Durchsetzung ihrer Anliegen auf die Linke angewiesen, die ihre Unterstützung immer an Bedingungen knüpfte. Die von Kompromissen ge-

prägten Deregulierungs- und Privatisierungspakete entsprachen deshalb nie der reinen Lehre. Der wichtigste Grund für die Schwäche der Neoliberalen war die ambivalente Haltung der bürgerlichen Parteien, welche wichtige Segmente der Binnenwirtschaft vertraten, die sich von der Deregulierung bedroht sahen, vor allem die Gewerbeverbände, die Bauernverbände und die Interessenvertreter der Monopolbetriebe. Die Mehrheit der SVP-Fraktion stimmte sich zum Beispiel gegen das neue Kartellgesetz. Als die Globalisierungsthese populär wurde, präsentierte sich eine geradezu paradoxe Situation: Die bürgerlichen Neoliberalen hatten wichtige Teile ihrer Agenda verwirklicht, waren aber dadurch nicht beliebter geworden. Im Gegenteil: Die Linke und die nationalkonservative Rechte hatten entsprechend wenig Mühe, Vertreter des Deregulierungsdiskurses zu bekämpfen. SP und SVP gehörten zu den grossen Gewinnern der Wahl im Herbst 1995. Die Globalisierungsthese scheint also sonderbar losgelöst vom politischen Tagesgeschäft diskutiert worden zu sein. Dennoch bleibt das Aufkommen der neoliberalen Agenda ein wichtiges Erklärungselement: Sie machte die schweizerische Innenpolitik anschlussfähig an internationale Diskurse, wie es der Globalisierungsdiskurs einer war.

#### **Die Globalisierung der Diskurse**

Die grosse Leidenschaft, mit der die Globalisierungsthese in der Schweiz diskutiert wurde, machte den Anschein, dass es eine spezifisch schweizerische Debatte war. Das Gegenteil ist richtig: Fahrplan und Inhalt des Globalisierungsdiskurses waren vollkommen fremdbestimmt, denn es handelte sich um eine Debatte, die wenige Jahre zuvor in den USA geführt worden war und sich Mitte der 1990er-Jahre nach Westeuropa verpflanzte – wie danach zum Beispiel die Begeisterung für die New Economy. Das Auftauchen der Globalisierungsthese im öffentlichen Diskurs war durch die internationalen Organisationen und Medien vorgegeben. Mit anderen Worten: Nicht die Globalisierung der Wirtschaft, sondern die Globalisierung der amerikanischen Debatten erklärt das Auftreten der Globalisierungsthese. Entstanden ist diese Debatte in den frühen 1990er-Jahren an der Ostküste der Vereinigten Staaten – an den Eliteuniversitäten und in den *think tanks*, in der Clinton-Administration und den internationalen Organisationen IWF und Weltbank. Voraussetzung für die Durchsetzung dieses Diskurses war das Ende des Kalten Krieges, denn die Wende 1989/91 hatte nicht nur eine neue weltpolitische Epoche eingeläutet, sondern führte zunächst zu einer diskursiven Verwirrung. Anhand der Zeitschrift *Foreign Affairs* lässt sich gut verfolgen, wie sich verschiedene Versuche ablösten, das ideologische Vakuum zu füllen. Zunächst wurde erwartet, dass sich die Spannungen zwischen den USA und den Wirtschaftsmächten Japan und Westeuropa verschärfen würden.<sup>21</sup> Die Erwartung wurde enttäuscht, die Triade

fiel nicht auseinander. Ähnliche Fehlprognosen machten auch zwei weitere Grosstheorien: Francis Fukuyamas *The End of History* und Samuel P. Huntingtons *The Clash of Civilizations*.<sup>22</sup> Beide lösten viel Echo aus, aber konnten sich nicht als neue grosse Deutung etablieren. Die Beschwörung des *endism* führte spätestens dann in eine neue Sackgasse, als der Zerfall Jugoslawiens von mehreren Kriegen begleitet wurde – die Geschichte ging also weiter. Und Huntingtons These wurde von den Friedensbemühungen im Nahen Osten relativiert. Araber und Israeli reichten sich die Hand und begannen 1991 mit Verhandlungen. Seit dem 11. September beschwören zwar einzelne Kommentatoren, Politikerinnen und Politiker wieder vermehrt den Kampf der Kulturen, aber ob daraus ein neuer dominanter Diskurs werden wird, ist momentan schwierig abzuschätzen.

Das Reden von einem globalen Wirtschaftskrieg schien hingegen besser geeignet zu sein, die neue Orientierungslosigkeit nach 1989 zu beenden. Seit 1993 setzte sich allmählich die Vorstellung durch, die Vereinigten Staaten müssten sich nicht so sehr gegen Japan und die EU wappnen, sondern gegen die südostasiatischen Tiger und gegen China, die neue Supermacht am westlichen Pazifik. Der amerikanische Ökonom und Kolumnist Paul Krugman, ein prominenter Teilnehmer dieser Debatte, schrieb rückblickend: «Nun sah man den Gegner mehr in den Niedriglohnländern, und es dominierte die Vorstellung eines Kampfes zwischen den Hochlohnländern des Westens und den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens.»<sup>23</sup>

Warum sich genau dieser Diskurs in den Vereinigten Staaten durchsetzte, ist schwierig zu beantworten. Von grosser Bedeutung dürfte gewesen sein, dass die Gründung der Nafta in jene Zeit fiel. Das Projekt weckte grosse Ängste sowohl bei der nationalistischen Rechten wie auch bei den Gewerkschaften, die befürchteten, die US-Industrie werde bald nach Mexiko verlegt.<sup>24</sup> Auch das dramatische Leistungsbilanzdefizit mag viele Politiker dazu bewogen haben, vor den asiatischen Niedriglohnländern zu warnen. Und schliesslich liesse sich auch die lange Friedensperiode seit dem Ende des Golfkriegs (1991) als Grund anführen. Die USA intervenierten zwar in Bosnien und später im Kosovo, aber das Engagement war fern von der Heimat und wurde als europäisches Problem wahrgenommen. Dadurch traten weltpolitische Probleme und Diskurse in den Hintergrund.

In den Jahren 1993 und 1994 begann der Aufstieg des Wortes Globalisierung, das bis zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich in der Managementliteratur Verwendung gefunden hatte. Dort war Globalisierung stets mit einem Attribut versehen worden, meist im Zusammenhang mit der Ausbreitung von westlichen Technologien und den Strategien der multinationalen Konzerne. Mitte der 1990er-Jahre verschwand das Attribut, nun wurde nur noch pauschal von «der Globalisierung» gesprochen – das Wort war selbst erklärend geworden.<sup>25</sup> Bald dominierte das Thema

auch die internationale Agenda. Das britische Magazin *The Economist* lancierte im Oktober 1994 eine Serie über *management theorists* und sprach in diesem Zusammenhang ganz selbstverständlich von *globalisation*. Im Februar 1996 avancierte die Globalisierung zum ersten Mal zum Hauptthema des Weltwirtschaftsforums von Davos.<sup>26</sup>

#### **Die Länge der Krise**

Die ersten beiden Thesen decken sozusagen nur die Angebotsseite ab. Die dritte These berücksichtigt deshalb die Nachfrageseite, das heißt, sie versucht zu erklären, warum Mitte der 1990er-Jahre überhaupt ein Bedürfnis nach grossen wirtschaftspolitischen Theorien bestand. Die These lautet: Je länger Krisen dauern, desto mehr wächst der Zweifel, ob alles noch mit rechten Dingen zugeht. Dauert eine Rezession ein oder zwei Jahre, wird das verstanden. Man stellt sich sozusagen auf einen langen Winter ein. Aber wenn sich eine wirtschaftliche Stagnation über sechs Jahre hinzieht, nützt alles Warten nicht mehr. Es wächst die Belegschaft, grundsätzliche Fehlentwicklungen als Ursachen anzuerkennen. Aus einer Rezessionsdebatte wird eine Standortdebatte.

Dank einer Umfrage des GfS-Forschungsinstituts kann man diesen Zusammenhang in der Schweiz gut belegen. Im ersten Halbjahr 1996 wurden 3420 repräsentativ ausgewählte Personen zu ihren Sorgen und Ängsten gefragt, und das GfS-Forschungsinstitut stellte dabei fest, dass das Krisenbewusstsein «eine neue Stufe» erreicht habe: «Kennzeichnend für die Gegenwart ist der rasche Anstieg von Themen wie die Zukunft der AHV, die Finanzierung des Gesundheitswesens und die Wirtschaft allgemein.»<sup>27</sup> Bis 1994 seien die meisten Befragten davon ausgegangen, dass die wirtschaftlichen Probleme vorübergehender Natur seien. Nun müsse man aber feststellen, dass diese Zuversicht verflogen sei. Das GfS-Forschungsinstitut spricht von einer «neuen Relevanz des Ökonomischen», die Bevölkerung zweifle zunehmend an den Qualitäten des Standorts Schweiz. In den beiden folgenden Jahren 1997 und 1998 verstärkte sich diese Angst vor der wirtschaftlichen Zukunft noch mehr. Erst 1999 zeichnete sich eine Trendwende ab.<sup>28</sup> Diese Beobachtung lässt sich auch mit dem Index der Konsumentenstimmung untermauern. Wie oben, S. 367, gezeigt, stürzte der Index 1996 ein zweites Mal ab und erreichte zu Beginn des Jahres 1997 eine neue Talsohle.

Die Globalisierungsthese erreichte also genau zu jenem Zeitpunkt die Schweiz, als die Angst vor der wirtschaftlichen Zukunft massiv zunahm. Einzelne Grossereignisse wie die Novartis-Fusion im März 1996 verstärkten den Eindruck, dass ein säkularer Abstieg der Schweiz begonnen hatte. Die Koinzidenz mit dem neu erlichen wirtschaftlichen Taucher war völlig zufällig; die Fusion stand, wie gezeigt, in keinem Zusammenhang mit der schweizerischen Konjunktur. Dennoch

bestand in weiten Teilen der Schweizer Bevölkerung kein Zweifel, dass Stagnation und Fusion in einem ursächlichen Zusammenhang standen. Die Globalisierungsthese war eine Erklärung, die geradezu ideal zur Befindlichkeit der Schweizer Bevölkerung passte. Deshalb wurde sie bereitwillig übernommen.

Insbesondere die politische Elite war froh über dieses Erklärungsangebot, denn die lange Stagnation stellte zunehmend ihre Handlungsfähigkeit in Frage. Eine sechsjährige Stagnation ist sozusagen der grösste anzunehmende Unfall für die Politik, denn die Wählerinnen und Wähler erwarten, dass genau dies nicht eintritt. Tritt der Unfall dennoch ein, haben Politikerinnen und Politiker ein enormes Interesse, die Verantwortung abzuschieben. Die Globalisierungsthese kam deshalb wie gerufen, und Politiker gehörten – neben Managern und intellektuellen Unternehmern – zu den eifrigsten Verfechtern der Globalisierungsthese.

Wie konjunkturabhängig der Erfolg der Globalisierungsthese war, zeigt die Fortsetzung der Geschichte. Als der Aufschwung einsetzte, wollte niemand mehr etwas von der abstiegsbedrohten Schweiz hören. Am 1. August 2000 konnte Bundesrat Kaspar Villiger beruhigt feststellen: «Wirtschaft und Staat haben unter dem Eindruck der Rezession der 1990er-Jahre einen grossen Teil der Hausaufgaben gemacht. Das hat oft weh getan. Aber wir haben wieder Wachstum, die Arbeitslosigkeit ist auf die globale Bestmarke gesunken, wir sind bei den Besten. Wirtschaften im gnadenlosen internationalen Wettbewerb ist ein ständiger Kampf gegen die eigene Trägheit, gegen die eigenen Ängste, gegen die natürliche Risikoscheu.»<sup>29</sup> Und hatten die Neoliberalen die Globalisierungsthese zunächst erfreut übernommen, erwies sie sich in der Aufschwungsphase als Bumerang. Bald übernahmen kapitalismuskritische Bewegungen den Globalisierungsdiskurs und feierten grosse Erfolge damit. Die offizielle Politik hat dieselbe Akzentverschiebung vorgenommen: Der Bericht des Bundesrates zur Aussenwirtschaftspolitik im Jahr 2001 widmet sich im ersten Kapitel dem Zusammenhang von Globalisierung und Armutsbekämpfung.<sup>30</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Ich danke Markus Somm für die wertvolle Kritik.
- 2 Diese These dominierte auch die Diskussion in Europa. Der grosse Bestseller in Deutschland stammte von zwei *Spiegel*-Redakteuren: Martin, Hans-Peter; Schumann, Harald, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Reinbek bei Hamburg 1996.
- 3 *Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Nationalrat*, Bern 1996, S. 273: FDP-Nationalrat François Loeb aus dem Kanton Bern am 13. 3. 1996 in der Debatte zum Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik.
- 4 Vgl. den Beitrag von Tamara Münger in diesem Band.
- 5 Das zunehmende Gewicht des Globalisierungsdiskurses veranlasste die *Neue Zürcher Zeitung* ein Dossier mit gesammelten Artikeln herauszugeben: «Globalisierung – Die weltweite Ver-

flechtung als Schreckgespenst, als Chance und als Herausforderung», *NZZ Fokus* 5 (1999). Der erste Artikel der Sammlung datiert vom Juni 1995.

- 6 Länge der Debatten (inkl. Abschlussvotum des Wirtschaftsministers): 1989 13 Seiten, 1990 22 Seiten, 1991 25 Seiten, 1992 16 Seiten, 1993 10 Seiten, 1994 6 Seiten, 1995 14 Seiten, 1996 24 Seiten. 1990 war das erste Jahr, in dem so ausführlich über den Bericht diskutiert wurde. Vgl. Votum von Nationalrat Peter Vollmer (SP/BE), *Amtliches Bulletin der Bundesversammlung 1990*, *Nationalrat*, Bern 1990, S. 396: «Ich habe mir als Neuling sagen lassen, es sei eigentlich eine Premiere, dass in diesem Parlament zum Aussenwirtschaftsbericht so viel und so intensiv diskutiert werde.»
- 7 *Cash*, 7. 1. 2000, S. 40: «Die Schweiz atmet wieder auf». Befragt wurden 703 Schweizerinnen und Schweizer.
- 8 Zum Aufschwung der Konsumentenstimmung im Juni 1999: Medienberichterstattung vom 13. 8. 1999. Das Zitat stammt aus *24 heures*, 11. 2. 2000, S. 1.
- 9 Eine gute Übersicht über die Hauptgründe für die lange Rezession gibt: KOF ETH Zürich, *Halbjahresbericht/Herbst*, Zürich 1996.
- 10 KOF ETH Zürich (wie Anm. 10), S. 15. Siehe auch *Die Volkswirtschaft* 3 (2001), S. 27: «Die Entwicklung des Wechselkurses stellte das grösste Hindernis für die Exporttätigkeit der hier betrachteten Wirtschaftszweige in der Periode 1980–1997 dar.» Die Reallohnsteigerungen seien hingegen relativ tief gewesen: «Die preislische Wettbewerbsfähigkeit wurde vorwiegend positiv von der relativen Lohnentwicklung beeinflusst.» Zu den gleichen Ergebnissen kommen Ettlin, Franz; Gaillard, Sege, «Die 90er Jahre in der Schweiz. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht eine stabilisierende Geldpolitik», in: Furrer, Jürg; Gehrig, Bruno (Hg.), *Aspekte der schweizerischen Wirtschaftspolitik. Festschrift für Franz Jaeger*, Chur, Zürich 2001, S. 267–293Vgl. auch die Debatte der beiden Ökonomen Jean-Christian Lambelet und Henner Kleinewefers in der *Neuen Zürcher Zeitung*, 30. 11./1. 12. und 14./15. 12. 1996.
- 11 Das Yearbook wird seit 1989 publiziert. Knapp 50 Volkswirtschaften werden analysiert, nach 286 Kriterien.
- 12 KOF, ETH Zürich, *Die Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft. Ausmass, Motive, Auswirkungen*, Zürich 2001. Kurzfassung der wichtigsten Ergebnisse: *Die Volkswirtschaft* 3 (2001).
- 13 KOF, ETH Zürich (wie Anm. 13), S. 120 f.
- 14 Ebd., S. 125.
- 15 Exportüberschuss der Schweiz (in Mio. Fr.) im Handel mit den Transformations- und Schwellenländern (Quelle: Die Volkswirtschaft):

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Transformationsländer	1300	1400	1350	1600	1800	1450	1350	1300
Schwellenländer	3500	7200	7400	7800	8900	6800	7000	8000

- 16 Müller, Margrit, «Fusionen und Übernahmen aus historischer Sicht», in: Siegwart, Hans; Neu gebauer, Gregory (Hg.), *Mega-Fusionen. Analysen – Kontroversen – Perspektiven*, Bern etc. 1998, S. 63–81.
- 17 Straumann, Tobias, «Rezession, Technologiepolitik und Risikokapital. Das Scheitern der Innovationsrisikogarantie, 1985», in: Gilomen, Hansjörg et al. (Hg.), *Innovationen. Voraussetzungen und Folgen – Antriebskräfte und Widerstände*, Zürich 2001, S. 403–419.
- 18 Die Veröffentlichung des Weissbuchs «Mut zum Aufbruch» im Dezember 1995 durch eine Gruppe von Managern und Ökonomen wirkte verheerend für die neoliberalen Anliegen. Das Weissbuch forderte unter anderem eine radikale Reform der Sozialversicherungen.
- 19 Eine Übersicht über die erste Welle der so genannten Revitalisierung in: Kommission für Konjunkturfragen, *Die Wirtschaftslage. 349. Mitteilung. Bericht vom 9. Dezember 1994*, Bern 1994, S. 43–45.
- 20 Mach, André (Hg.), *Globalisation, néo-libéralisme et politiques publiques dans la Suisse des années 1990*, Zürich 1999.

- 21 Ein gutes Beispiel für diese Argumentation ist der Bestseller von Thurow, Lester, *Head to Head. The Coming Economic Battle Among Japan, Europe, and America*, New York 1992. Besonders deutlich lässt sich die Umorientierung von der japanischen Herausforderung zum Problem der Globalisierung bei Peter F. Drucker verfolgen: In der Frühlingsausgabe 1993 von *Foreign Affairs* schreibt er über Japans Abstieg («The End of Japan, Inc.?»), in der Winterausgabe 1994 über die Globalisierung und den Beginn des Informationszeitalters («Trade Lessons from the World Economy»).
- 22 Die skeptische Besprechung von «The End of History and the Last Man»: *Foreign Affairs* 71 (1992); die Artikel zum «Clash of Civilizations»: *Foreign Affairs* 72 (1993).
- 23 Krugman, Paul, *Der globale Wirtschaftskrieg*, Frankfurt a. M. 1999, Vorwort zur deutschen Ausgabe, S. 7. Krugman beteiligte sich 1994 an den Diskussionen in *Foreign Affairs*. Vgl. die Bestseller von Rifkin, Jeremy, *The End of Work. The Decline of the Global Labor Force and the Dawn of the Post-Market Era*, New York 1995 (dt. 1995). Thurow, Lester, *The Future of Capitalism. How Today's Economic Forces Shape Tomorrow's World*, New York 1996.
- 24 Einen guten Überblick über die politischen Diskussionen rund um die Nafta geben DeLong, Bradford; DeLong, Christopher; Robinson, Sherman, «In Defense of Mexico's Rescue», *Foreign Affairs* 75 (Mai/Juni 1996), S. 8–14.
- 25 Dies ergab eine Durchsicht des elektronischen Katalogs der Library of Congress in Washington, der alle in den USA erschienenen Buchtitel seit den 1980er-Jahren umfasst.
- 26 *Der Bund*, 24. 1. 1996, S. 13.
- 27 Longchamp, Claude; Huth, Petra, «Globalisierung. Ein Phänomen, das die Schweiz spaltet?», *Die Volkswirtschaft* 10 (1996), S. 12.
- 28 *Cash*, Nr. 1, 7. 1. 2000.
- 29 *Neue Zürcher Zeitung*, 8. 2. 2000, S. 14.
- 30 Der Bericht erschien im März 2002 als Beilage zur Zeitschrift *Die Volkswirtschaft* 3 (2002).

